

DESASTRÖSE INFORMATIONSPOLITIK BEUTHS

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS WIRD WAHRSCHEINLICH



DIE DESASTRÖSE INFORMATIONSPOLITIK VON INNENMINISTER BEUTH ZERSTÖRT VERTRAUEN IN DEN STAAT UND SEINE SICHERHEITSBEHÖRDEN.

Auf Antrag der SPD hat sich der Landtag mit der desaströsen Informationspolitik von Innenminister Beuth in Zusammenhang mit den Hintergründen des Mordes an Dr. Walter Lübcke beschäftigt. „Nicht erst Halle hat uns vor Augen geführt, dass wir als Demokra-

ten wachsam sein und unsere Grundwerte gemeinsam verteidigen müssen“, erklärte Günther Rudolph. Natürlich sei klar, dass nicht das Parlament die Mordermittlungen führe, sondern der Generalbundesanwalt. Das Parlament müsse jedoch ein Interesse daran haben zu klären, ob und wenn ja in welcher Form die hessischen Sicherheitsbehörden versagt hätten. „Innenminister Beuth hat es in der Hand, ob dazu ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Im Moment tut er alles dafür, dass es soweit kommt“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Rudolph. Scharf kritisierte er den Minister für dessen Aussage, dass

die Opposition kein Interesse an einer sachlichen Aufklärung hätte. „Uns wäre es lieber, wir könnten mit diesem Sachverhalt anders umgehen. Der Innenminister gibt nur das zu, was bereits bekannt ist. Es bedarf Dringlicher Berichtsanträge der Opposition und medialer Nachfragen, damit man etwas erfährt und etwas aufgeklärt wird“, sagte Rudolph. Immer wieder stehe die Frage im Raum, wie Stephan E. jahrelang in der rechtsextremen Szene in Nordhessen aktiv sein konnte, ohne dass es die Sicherheitsbehörden gemerkt hätten. „Wir wollen aufklären: Für die Familie Dr. Lübckes und zur Verhinderung solcher Straftaten in der Zukunft“, so Rudolph.

ANTISEMITISMUS GEHT UNS ALLE AN

Unter dem Titel „Hass, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf die Menschenwürde haben keinen Platz in Deutschland und Hessen“ haben SPD, CDU, Freie Demokraten und Grüne einen gemeinsamen Antrag in den Landtag eingebracht. „Der Anschlag in Halle vom 9. Oktober war ein Angriff auf uns alle“, sagte Nancy Faeser in der Plenardebatte. „Antisemitismus geht uns alle an, er vergiftet unser Zusammenleben und tritt unsere demokratischen Werte mit Füßen“, erklärte die Fraktionsvorsitzende. Jüdisches Leben sei ein unverzicht-

barer und wertvoller Bestandteil der deutschen Gesellschaft und bereichere die Gemeinschaft. „Es ist falsch, beim Anschlag von Halle von einer Einzeltat zu sprechen, denn der Täter suchte den Beifall der rechtsextremen Szene im Netz. Die Tat von Halle steht in einer Reihe mit anderen widerwärtigen rechtsextremen Gewalttaten in Deutschland, wie beispielsweise dem Mord an Dr. Walter Lübcke“, so Faeser. Mit der AfD sei die Hetze gegen Minderheiten in den Parlamenten angekommen, eine Verrohung der Sprache und die Vergif-



tung des gesellschaftlichen Klimas, die unmittelbar zu dem Täter und den Taten von Halle führen. Um Antisemitismus, Fremdenhass und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzubeugen, müssten Staat und Gesellschaft in Bildung und Aufklärung investieren.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

LÄRMOBERGRENZE IST POLITISCHER FLOPP



Politischer Flopp:

Lärmobergrenze wirkt nicht und gibt keinen Anreiz für technische Innovationen.

„Die Lärmobergrenze am Frankfurter Flughafen ist ein politischer Flopp“, erklärte Marius Weiß in der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion. „Bei Verkehrsminister Al-Wazir verhält sich die Größe des Getöses bei der Vorstellung von Projekten immer umgekehrt proportional zum Ertrag, der nachher rauskommt. Das gilt für das Radwegeprogramm und auch für die angebliche Lärmobergrenze“, so Weiß. Seit zwei Jahren gelte die Lärmobergrenze und nun zeige sich, dass sie keinerlei Lenkungs- oder Anreizfunktion habe und damit nutzlos sei. Die Grenze könne ohne jegliche Anstrengungen oder Investitionen in neues und lärmarmes Fluggerät weit unterschritten werden. Die Wirkung der Modernisierung des Fluggeräts auf die Lärmentwicklung hätte erkannt und die Lärmobergrenze deutlich niedriger angesetzt werden müssen. So sei die Lärmobergrenze nichts weiter als ein PR-Projekt.



VERFOLGUNG VON CUM/CUM- UND CUM/EX-GESCHÄFTEN

In der Debatte über den Kampf gegen Steuerhinterziehung thematisierte Heike

Hofmann die schleppende Aufarbeitung der so genannten Cum/Cum- und Cum/Ex-Geschäfte. Es sei bedrückend, dass nach dem Bekanntwerden der betrügerischen Geschäfte viele Jahre vergehen konnten, bevor die hessischen Steuerbehörden mit der Verfolgung dieser Machenschaften begannen. Dabei übte Hofmann keine Kritik an den einzelnen Finanzbeamten, sondern an dem hessischen Finanzminister, dem der politische Wille fehle, seine Leute bei den komplexen Ermittlungen zu unterstützen.

SCHWARZGRÜN FEHLT INTEGRATIONS-KONZEPT



T u r g u t Yüksel begrüßte die ersten Integrationserfolge der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Schwarzgrün eine gemeinsame abgestimmte Linie in der Integrationspolitik vermissen ließe. „Wir müssen uns davon entfernen, Integrationspolitik zur Flüchtlingspolitik zu verkleinern“, sagte der integrationspolitische Sprecher. So habe sich der Landtag in den vergangenen Jahren lediglich mit der Flüchtlingspolitik, nicht aber mit einer Integrationspolitik beschäftigt. „Wo bleibt Ihr angekündigtes Integrationskonzept? Und wie sieht es aus mit der kulturellen Öffnung der Verwaltung“, wendete sich Yüksel an die Regierungsbank und Sozialminister Klose. Integration sei eine Querschnittsaufgabe und deshalb fordere die SPD auch ein Gesamtintegrationskonzept.

MEINUNGSFREIHEIT



In der Aktuellen Stunde zur Meinungsfreiheit in Deutschland machte Gernot Grumbach deutlich, dass Meinungsfreiheit ihrem Grundsatz nach bedeute, dass alle Meinungen frei und erlaubt seien. Sie werde lediglich eingeschränkt, wenn die Würde des Menschen angetastet, der Kernbestand der Verfassung angegriffen, der Holocaust geleugnet werde oder der Tatbestand einer Volksverhetzung vorliege. „Sie haben alle Freiheit, zu sagen was Sie wollen und alle anderen haben die Freiheit, Ihnen zu widersprechen. Und es muss Ihnen auch widersprochen werden“, wandte er sich an die AfD.

MIT EINER STIMME



In der Debatte über die Invasion der Türkei in Syrien hat Stephan Grüger diese Invasion als völkerrechtswidrig bezeichnet. Es sei außerdem nicht akzeptabel, dass dabei aus Deutschland gelieferte Waffen und Waffensysteme, wie der in Hessen produzierte Panzer Leopard 2 zum Einsatz kämen. Der sicherheitspolitische Sprecher begrüßte daher den Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei. Grüger kritisierte das unabgestimmte Vorpreschen der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer als problematisch und forderte ein Machtwort der Kanzlerin gegen dieses Vorgehen. Deutschland und die EU müssten mit einer Stimme sprechen, um eine diplomatische Lösung des Konflikts zu erreichen.

MEHR SELBSTLOB ALS ZUKUNFTSFESTIGKEIT

HAUSHALTSENTWURF ENTÄUSCHT

Marius Weiß bezeichnete in der Plenarsitzung am Mittwoch den Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 von Finanzminister Schäfer als große Enttäuschung. „Wenn man diesen Haushaltsentwurf einmal im Vergleich der Bundesländer betrachtet, dann schneidet das Engagement der schwarzgrünen Landesregierung in den Bereichen Klimaschutz, Innere Sicherheit, Bildung und Digitales unterdurchschnittlich ab“, sagte er. „Bei der Rückzahlung von Schulden leistet Hessen mit 100 Millionen Euro nicht das, was aufgrund der Steuereinnahmen und nach der Neujustierung der Bund-Länderfinanzbeziehungen möglich ist. Auch das sieht man schnell bei einem

Blick auf andere Länderhaushalte.“ Während sich der Haushaltsentwurf zukunftsfest zeigen sollte, komme er lediglich mit viel Selbstlob daher. „Der Finanzminister will etwas großspurig verkaufen, was nur einen schmalspurigen Inhalt hat“, machte der finanzpolitische Sprecher Weiß klar. So stiegen zwar die Investitionsausgaben, aber die Investitionsquote bleibe gleich. Laut Plan solle die Investitionsquote im Jahr 2021 sogar sinken. Das treffe vor allem den sozialen Wohnungsbau hart. „Angesichts der drängenden Problematik auf dem Wohnungsmarkt macht uns das fassungslos“, sagte Weiß. „Finanzminister Schäfer kann über 1,1 Milliarden Euro mehr Steuerein-

nahmen als im Jahr 2019 verfügen. Und trotzdem greift er in die Rücklagen. Dies hat mit seriöser Haushaltspolitik nichts zu tun“, urteilte er. Die SPD wolle einen Haushalt, der unnütze Ausgaben unterlasse und stattdessen dort mehr investiere, wo es wichtig sei.



IN KINDERBETREUUNG INVESTIEREN

FÜR BESSERE QUALITÄT UND PERSONALAUSSTATTUNG



„Familien sind auf eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung angewiesen. Dafür brauchen wir aber vor allem genügend qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, die gute Arbeitsbedingungen in den Kitas vorfinden“, forderte Lisa Gnadl die Landesregierung zu mehr Anstrengungen für eine qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung auf. Die SPD hatte einen entsprechenden Antrag ins Parlament eingebracht. Laut einer Bertelsmann-Studie fehlen in der Kinderbetreuung in Hessen rund 8.000 Fachkräfte, um eine gute Be-

treuungsqualität zu erreichen. Von Jahr zu Jahr spitze sich die Problematik zu, so Gnadl. Nun wolle die Landesregierung den genannten 8.000 notwendigen Stellen gerade einmal 200 bezahlte Ausbildungsgänge entgegensetzen. „So wird die Situation in den hessischen Kindertagesstätten keinesfalls verbessert“, erklärte Gnadl. „Für eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung müssen wir die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher gebührenfrei machen, eine angemessene Ausbildungsvergütung sicherstellen und vor allem die Arbeitsbedingungen in Kitas verbessern“, schloss die familien- und sozialpolitische Sprecherin.

PFLEGEAUSBILDUNGSFONDS



„Das wesentliche Ziel muss sein, dass künftig ausreichend qualifizierte Pflegefachkräfte ausgebildet werden und die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht wird“, bekräftigte Dr. Daniela Sommer in der Zweiten Lesung des Gesetzes zur Einrichtung des Pflegeausbildungsfonds. Zwar werde endlich ein finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen geschaffen, doch zeigten die Anhörungsunterlagen, dass sich auch die Sozialpartner mehr Engagement von der Landesregierung wünschten. So aber verpasse Schwarzgrün erneut die Chance, die Ausbildung mit besseren Rahmenbedingungen und bspw. einer Ausbildungsoffensive zu fördern.

SPÄTE EINSICHTEN EINER MINISTERIN

„Die gute Nachricht ist: Umweltministerin Priska Hinz hat gemerkt, dass sie auch für den Verbraucherschutz zuständig ist“, sagte Knut John in der Plenardebatte zum Wilke-Wurstskandal. „Die schlechte Nachricht ist, dass ihr das erst aufgefallen ist, nachdem die keimverseuchte Wilke-Wurst mindestens drei Menschen das Leben gekostet hat.“ Entscheidende Hinweise auf die gefährlichen Listerien bei Wilke aus dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit seien in Frau Hinz' Ministerium tagelang auf irgendeinem Schreibtisch liegengeblieben. „Dass die Ministerin die organisatorischen Mängel in ihrem Haus nun endlich



abstellen will, ist ehrenwert – aber es geschieht eben viel zu spät“, sagte der Verbraucherschutzpolitische Sprecher. Das Krisenmanagement des hessischen Umweltministeriums sei katastrophal gewesen. „Das Ministerium, für das Frau Hinz die Gesamtverantwortung trägt, war tagelang nicht imstande, die Öffentlichkeit vollständig zu informieren. Und es war offensichtlich auch nicht imstande, die unterschiedlichen Behörden zu koordinieren und Ordnung in das Verfahren zu bringen“, stellte Knut John fest. Zuvor hatte Hinz im Rahmen einer Pressekonferenz einen Zwischenbericht zum Lebensmittelskandal um die Firma Wilke vorgestellt. Die Konsequenzen kämen zwar spät, aber besser als nie.

DIGITALISIERUNG UND MOBILITÄT

In der Plenarsitzung am Donnerstag warnte Tobias Eckert vor einem drohenden Datenmonopol, das durch Datentransparenz im ÖPNV geschaffen werden könnte. „Die Digitalisierung ist im Bereich der Mobilität der entscheidende Treiber, um die Vernetzung und die Intermodalität zu erreichen. Nur durch die intelligente Verzahnung und Vernetzung sorgen wir, neben dem Ausbau eines flächendeckenden, bezahlbaren ÖPNV-Angebotes, tatsächlich für ein Angebot, damit eine Veränderung im Mobilitätsverhalten möglich und die Nachfrage einfach und direkt ermöglicht



werden kann“, erklärte Eckert und plädierte für ein „Daten-für-alle-Gesetz“ zur Weiterentwicklung des bestehenden Datenaustausches und der Datentransparenz. Dabei müsse darauf geachtet werden, die Daten nicht den Digitalmonopolisten in den Rachen zu schmeißen. Große Datenmengen in Händen von nur wenigen Unternehmen führten zur Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Digitalwirtschaft. Daten, die als Gemeingut anzusehen seien, seien grundsätzlich einer Nutzung aller zugänglich zu machen. Dazu zählten unter anderem Mobilitäts- und Geodaten.

WOHNRAUMZWECKENTFREMUNG

In Dritter Lesung hat die schwarz-grüne Regierung den SPD-Gesetzesentwurf für ein Gesetz zum Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum abgelehnt. „Wie will Schwarzgrün dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Ballungsraum beseitigen? Auf diese Frage hat die Koalition immer noch keine Antwort“, kritisierte die wohnungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth. „Wir sind es leider gewohnt, dass CDU und Grüne regulative Maßnahmen grundsätzlich ablehnen und alleine auf Wohnungsneubau setzen. Wenn es aber konkret darum geht, wo denn diese Gebiete entstehen sollen, wird gekniffen“, so Barth. Antworten zur Beseitigung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum bleibe die Regierung weiterhin schuldig. „Wir bleiben dabei: nur eine Vielzahl von Maßnahmen, wozu neben dem notwendigen Neubau auch Mietenregulierungen und das Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum zählen, kann den eklatanten Wohnraum-mangel im Ballungsraum eindämmen“, schloss Barth.



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David